

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Der polnische Kohlenbergbau im Jahre 1933.
Die Stellung der polnischen Wirtschaftskreise zu den deutsch-polnischen Verhältnissen.

Polen und der deutsch-französische Wirtschaftskonflikt.
Die Wünsche des polnischen Exports nach Frankreich.
Neue Forderungen für den Ausbau der Schiffverbindungen des Obinger Seeens.

Die polnischen Staatsgüter.

Der polnische Kohlenbergbau im Jahre 1933.

Nach den bisher verfügbaren Daten betrug die Förderung der in der „Polnischen Kohlenkonvention“ zusammengefaßten Gruben 1933 insgesamt 27 015 974 to = 95,18 % der vorjährigen Förderung (28 985 281 to). Da die Förderung im ersten Halbjahr nur 90,40 % der vorjährigen Förderung (11 951 145 gegen 13 267 620 to), im zweiten Halbjahr dagegen 100,31 % (15 064 828 gegen 15 017 651 to) betragen habe, sei also neuerdings eine — zwar langsame und noch geringe, jedoch festige — Besserung der Lage des polnischen Kohlenbergbaus zu verzeichnen. Und zwar gelte diese Feststellung auch für den Abfall der Kohle.

Der Inlandsabfall habe 14 931 626 to = 101,17 % des vorjährigen Abfalls (14 750 515 to) betragen. Auch hier sei der Rückgang im ersten Halbjahr auf 94,08 % (6 592 547 gegenüber 6 943 633 to) durch die Steigerung im zweiten Halbjahr auf 107,46 % (8 339 079 gegenüber 7 815 882 to) mehr als ausgeglichen worden).

Am deutlichsten sei die Besserung auf den Eigenmärkten (Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslowenien), wo die Ausfuhr im ersten Halbjahr nur 55,89 % der vorjährigen Ausfuhr (614 662 gegen 1 141 658 to), im 2. Halbjahr dagegen 112,81 % (1 116 712 gegenüber 989 935 to) betragen habe. Zwar habe durch diese Steigerung der Rückgang des ersten Halbjahres nicht mehr ausgeglichen werden können, wohl aber seien dadurch 1933 noch 81,22 % der vorjährigen Ausfuhr (1 731 374 gegen 2 131 503 to) erreicht worden.

Besonders zu begrüßen sei, daß 1933 auch auf den freien Märkten — trotz der rücksichtslosen Konkurrenz Englands in Skandinavien — der Abfall noch 96,88 % des vorjährigen Exports (7 971 183 gegen 8 227 986 to) erreicht habe. Das sei nur dadurch erzielt worden, daß der polnische Kohlenbergbau immer neue Absatzmärkte — besonders aber See — aufgefunden habe. Polens seemärkiger Export sei daher 1933 nur wenig hinter dem Vorjahre zurückgeblieben (Export über Danzig und Obinger 7 887 365 gegen 8 046 314 to).

Die Lage des polnischen Kohlenbergbaus habe sich also 1933 nicht verschlechtert. Vor allem hätten die Gruben ihre Finanz-

¹⁾ Polens Kohlenausfuhr betrug 1933 den Betrag von 1932 nicht erreicht, sei vielmehr mit 9 703 000 to gegenüber 1932 (10 262 000 to) um 659 000 to zurückgefallen. Aber auch hier sei festzustellen, daß der Rückgang ausschließlich in die ersten Monate des Jahres falle, in den letzten Monaten sich in das Gegenteil verkehrt habe. Da der Rückgang 1932 weit höher gewesen sei (10 302 000 gegenüber 14 227 000 to im Jahre 1931), sei auch hier zweifellos eine gewisse Stabilisierung erreicht worden. („Gazeta Polska“ Nr. 6, S. 1. 1934.)

verhältnisse ordnen können und durch die — zwar mit viel Mühe und Opfern vollzogene — Anpassung an die weiter verschlechterten Konjunkturbedingungen die Krise einigermaßen überstanden.

Eins der wichtigsten Ereignisse sei die Verordnung des Handelsministeriums vom 31. 3. 1933 über die Senkung der Kohlenpreise (um 14,3—20 %) gewesen. Gleichzeitig habe damals die Regierung — als Gegenwert für weitere Rabatte an die Staatsbahnen und die Exporteure — dem Kohlenbergbau für ein Jahr eine neue Frucht-ermäßigung von 3 Proz pro to gewährt, wodurch die Verluste aus der Pfandentwertung teilweise ausgeglichen worden seien. Dank dieser Maßnahme habe sich der Kohlenexport trotz der scharfen Gegenaktionen Englands und der ungünstigen Lage auf den Auslandsmärkten ungefähr auf dem Niveau von 1932 erhalten, wodurch Tausende von Bergarbeitern weiter beschäftigt wurden.

Aber diese relativ günstige Sachlage erfährt erhebliche Erschwerungen durch die Unmöglichkeit, Transaktionen zu längeren Terminen abzuschließen, da die Kohlenindustrie bisher nicht darüber informiert wurde, ob die Regierung gewillt ist, die erwähnten Tarifermäßigungen auch nach dem 1. April d. Js. zu gewähren. Da es aber keinem Zweifel unterliegt, daß bei Einstellung dieser Ermäßigungen eine bedeutende Verringerung . . . des Übersee-Exports erwarten müßte, wäre es sehr erwünscht, daß die Industrie schon heute gehend über die weitere Dauer der Tarifermäßigungen informiert würde, denn infolge der Unmöglichkeit, langfristige Verträge abzuschließen, werden verschiedene Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden können. Das kann der Industrie wie der Nationalwirtschaft — besonders bezüglich der Handels- und Zahlungsbilanz sowie der Frage der Senkung der Arbeitslosigkeit — die Gefahr hoher Verluste bereiten. Der heutige Zustand der Unsicherheit ist also eine höchst unerwünschte Erscheinung und kann eventuell sogar den Verlust einiger, mit soviel Mühe und Opfern erobeter Überseeemärkte bewirken.

Von den weiteren Maßnahmen zur Förderung des Kohlenexports sei noch erwähnenswert die Gewährung von Sonderabatteln bei indirektem Export, z. B. die Jubiläumsgeld ermäßigte Kohlenpreise für die Produktion von Exportpetroleum.

Wenn es so dem Kohlenbergbau 1933 gelungen sei, trotz der unermüdet anhaltenden Krise im In- und Auslande seine Stellung zu behaupten, so sei dies vor allem ein Verdienst seiner Organisation, der „Polnischen Kohlenkonvention.“ Diese fordere zwar von den angeschlossenen Unternehmen einen teilweisen Verzicht auf die Freiheit von Produktion und Abfall, sichere aber sämtlichen Gruben gleichmäßige Beschäftigung. Die festen Inlandsabzwingende Ermäßigungen die Festführung des Exports sogar mit gewissen Opfern. Es sei also nicht verwunderlich, daß die Erhaltung der bisherigen Organisation sowohl den Gruben als auch der Regierung sehr erwünscht sei, da ihr Ende auf dem Binnenmarkt wilde Konkurrenz und völliges Chaos bewirken würde.

„Dabei würde die Gruben, die in geologischer Hinsicht besonders günstig liegen oder aus anderen Gründen besonders

niedrige Kosten aufweisen, anderen Gruben den Absatz rauben und sich, besonders . . . durch Exportverminderung oder gar -einstellung, bemühen, vor allem den Binnenmarkt zu beherrschen. Denn, wenn heute eine Kohlenfirma für ihr bestes Sortiment einen Durchschnittspreis von 20 Zloty pro to erzielt — die Hälfte der Produktion auf Export, die andere auf Inlandsabsatz gerechnet, sowie nach Abzug von Deputatkohle und Eigenverbrauch — so wird sie natürlich vorziehen, die ganze Produktion zum Preise von 21—22 Zloty pro to auf den Markt zu werfen, statt, wie es heute ist, sich mit dem unrentablen und sorgenvollen Export abzumühen. . . . Der Konkurrenzvorteil würde also vielleicht vorübergehend eine gewisse Absatzsteigerung auf dem Binnenmarkt bewirken, was aber auf Kosten des Exports geschehen würde. . . . Welch ungünstige Folgen das für unsere Handelsbilanz . . . für die Interessen der arbeitenden Schichten hätte, braucht nicht erläutert zu werden. Daher erstreben sowohl die Industrie wie . . . die Regierungsfaktoren die weitere Erhaltung der Konvention; angesichts dessen scheint die weitere Erhaltung dieser Organisation der Kohlenindustrie, die sich auf langjährige Erfahrung stützt und den natürlichen Arbeitsbedingungen der Kohlenindustrie Polens entspricht — eventuell nach Vornahme gewisser Korrekturen in ihrem Statut — gesichert.“ (*Codzienna Gazeta Handlowa* Nr. 11, 15. 1. 1934).

Gleichen gleichzeitig berichtet die gleiche Quelle, daß die Verhandlungen um die Verlängerung der Kohlenkonvention konkretere Ergebnisse bisher nicht gezeitigt hätten. Es sei u. a. ergebnlos worden, durch ein besonderes Rechtskomitee eine neue Organisationsform ausarbeiten zu lassen, bzw. der Gedanke aufgetaucht, der neuen Organisation die Form des Syndikats zu geben. Da es aber noch völlig unbestimmt sei, ob eine neue Organisation durch unmißbare Verhandlungen der interessierten Firmen werde geschaffen werden können, sei es durchaus möglich, daß der Regierungsvorteil C. Peche (Departementsdirektor im Handelsministerium) einen Schiedspruch fällen werde bzw. — falls die Verhandlungen bis zum 1. April ergebnislos bleiben sollten — die Konvention von Monat zu Monat verlängert werden müßte.

[*Codzienna Gazeta Handlowa* Nr. 9, 10. 1. 1934.]

Die Stellung der polnischen Wirtschaftskreise zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

In einem ausführlich als „Zusicht polnischer Wirtschaftskreise zu den gegenwärtigen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen“ bezeichneten Aufsatz wird ausgeführt:

„In letzter Zeit sind in der Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands bezüglich der Handelsbeziehungen zu Polen recht erhebliche Wandlungen eingetreten. Lange Zeit hindurch galt der Zollkrieg als gewisser Erfolg der deutschen Politik, genauer gesagt, als Weg zum Erfolge. Erwartete man doch, daß Polen ohne den deutschen Markt als Hauptabnehmer und -lieferant nicht auskommen und kapitulieren würde.

Diese Rechnungen sind fehlgeschlagen. Selbstverständlich war der Verlust des deutschen Marktes . . . ein überaus empfindlicher Schlag für unsern Export. Er war aber nicht — wie ein Teil der deutschen Meinung erwartet hatte — ein tödlicher Schlag, sondern regte im Gegenteil unsern Export an, neue Märkte und neue Absatzmöglichkeiten zu suchen. Die hier unternommenen Bemühungen lieferten, wenigleich unter bedeutenden Opfern . . . beachtliche Erfolge. Den Exportbemühungen folgten die Versuche, die Ausfuhr aus Deutschland durch die eigene Produktion oder die Einfuhr aus anderen Ländern zu ersetzen.

Die Entstehung und Entfaltung verschiedener neuer Produktionszweige, die trotz der Krise steigenden Umsätze unserer Häfen, sind Ausdruck dieser Erfolge, deren Erzielung uns von dem Zollkrieg mit Deutschland erleichtert hat.

Wie in diesem Kriege die Zeit zu unsern Gunsten arbeitete, erwies sie sich auch nicht als Verbündeter Deutschlands, Die

rücksichtslose Handels- und Finanzpolitik brachte Deutschland in schwere Konflikte mit verschiedenen Ländern; die Folgen dieser Konflikte wirkten empfindlich auf den deutschen Export. Unter diesen Bedingungen wird Polen ein Partner, mit dem Deutschland immer stärker rechnen muß, zumal die jetzt von uns geschlossenen Verträge bei vertraglosem Verhältnis zu Polen die Aussichten des deutschen Exports nach Polen zugunsten des Exports aus anderen Ländern vermindern.

Zusammenfassend kann man sagen, daß bei den polnisch-deutschen Gesprächen unsere Position heute stärker denn je ist. Selbstverständlich kann diese Lagerung der Verhältnisse nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Verhandlungen bleiben, denn es sind viele Voraussetzungen dafür gegeben, daß wir dabei die größeren Vorteile erlangen.

Es scheint zweifelhaft, daß wir dieses Ziel bei Verhandlungen, die auf breiterer Grundlage geführt werden, erreichen könnten. Z. B. würde ein auf die Meistbegünstigungsklausel gestützter tarifloser Vertrag zweifellos Deutschland größere Vorteile bringen als Polen. Denn Deutschland würde auf unserem Markt alle die Zollermäßigungen, die wir in den jetzt geschlossenen Handelsverträgen anderen Ländern gewähren, erlangen; dagegen wären die Vorteile, die die Meistbegünstigungsklausel unserem Export nach Deutschland bieten würde, überaus begrenzt. Denn bei der Mehrzahl der Artikel, die unseren Export interessieren, hat sich Deutschland von den meisten gebundenen Vertragssätzen befreit und dabei seine autonomen Zölle erhöht.

Ebenso würde die Aufhebung der gegenseitigen Kampfabnahmen Deutschland größere Vorteile bringen als Polen. Die Aufhebung der antideutschen (Verbots-) Listen hätte für die deutsche Ausfuhr größere Bedeutung als für uns die Aufhebung des deutschen Oberzolls. Deutschland würde dann nämlich auf unseren Export den Normaltarif anwenden, der fast auf alle Artikel, die Gegenstand des polnischen Exports sind, hohe Zölle enthält.

Die überwiegenden Vorteile, die Deutschland bei dem Abschluß eines tariflosen Vertrages oder auch der Beendigung des Zollkrieges zufallen würden, müßten dadurch ausgeglichen werden, daß Polen auf dem deutschen Markt zusätzliche Konzessionen bei Kontingenzen und Zöllen gewährt würden. Andernfalls hätte eine Verständigung mit Deutschland auf breiterer Grundlage keinen Zweck.

Diese Bemerkungen sind umso mehr anzuerkennen, als nach deutschen Pressestimmen . . . Deutschland gern den Zollkrieg mit Polen beendet sähe. Einige Zeitungen erwähnen dabei zusätzliche Konzessionen, aber — zugunsten Deutschlands. Deutschland möchte nämlich die Vernachlässigung seiner Häfen beseitigen durch Erlangung von Konzessionen auf dem Gebiet unserer Hafenpolitik, also auf dem Gebiet, das Symbol und Hauptartikel der Befreiung Polens von Deutschland ist. Man braucht wohl nicht hinzuzufügen, daß solche Konzeptionen nur als fromme Wünsche der deutschen Presse behandelt werden, keineswegs aber die Grundlage erster Gespräche sein können.“ (*Codzienna Gazeta Handlowa* Nr. 11, 15. 1. 1934).

Ebenfalls gegen die Zuzilligung der Meistbegünstigungsklausel an Deutschland wendet sich eine andere Zeitungsstimme, die darauf hinweist, daß schon die Berichte über die Zuzilligung verschiedener Zollermäßigungen an Deutschland bei der polnischen Industrie große Unruhe ausgelöst habe, und schließlich festsetzt:

„Man kann sagen, daß das Schwergewicht der Vorteile, die bei einer Verständigung mit Polen Deutschland zufallen würden, umso größer wäre, je breiter die Grundlage dieser Verständigung sein würde. So würde z. B. der Abschluß eines auf die Meistbegünstigungsklausel gestützten tariflosen Vertrages

für Deutschland weit vorteilhafter sein als für Polen. Denn mit dem Abschluß neuer Handelsverträge durch uns wächst die Zahl der Ermäßigungen, die Deutschland ausnutzen könnte. Die Meistbegünstigungsklausel würde also Deutschland auf unserem Markt wachsende Vorteile verschaffen.

Umgekehrt stellt sich die Lage für uns dar. Die deutsche Handelspolitik geht darauf hin, sich von den gebundenen Sätzen zu befreien. Infolgedessen würden die Vorteile, die die Meistbegünstigungsklausel Polen gewähren würde, recht problematischen Charakter besitzen."

[„J. K. C.“ Nr. 14, 14. 1. 1934.]

Polen und der deutsch-französische Wirtschaftskonflikt.

Zu dem deutsch-französischen Handelskonflikt, der in Polen mit größtem Interesse verfolgt wird — da Polen gegenmäßig mit beiden Staaten über den Abschluß neuer Handelsverträge verhandelt — erklärt die verbreitetste polnische Wirtschaftszeitung ungefähr folgendes:

Die internationale Handelspolitik der letzten Zeit sei gekennzeichnet durch eine unaufhörliche Steigerung protektionistischer Maßnahmen und den — damit verbundenen — Ausbruch immer neuer Wirtschaftskonflikte. Man könne ohne Übertreibung sagen, daß wohl kein einziges Land an solchen Konflikten — aktiv oder passiv — unteilhaftig geblieben sei; den Rekord aber halte Deutschland, das mit den verschiedensten Ländern Wirtschaftskämpfe führe. Besonders beachtlich sei der deutsch-französische Konflikt; sowohl wegen des Umfangs des deutsch-französischen Handels als auch wegen des scharfen Verlaufes dieses Kampfes, dessen Ende so bald nicht zu erwarten sei.

„Beide Seiten haben noch eine ganze Reihe von Kampfmitteln zu ihrer Verfügung. Insbesondere kann Frankreich im Rahmen seines neuen Kontingentsystems die Zuteilung von Kontingenten für die Einfuhr aus Deutschland . . . um 75 % vermindern . . . Möglich ist auch die Kündigung des Vertrages von 1927.“

Sollte sich der Konflikt weiter verstärken, so würde die Handelsisolation Deutschlands, die es letztes durch die Verträge mit Holland und der Schweiz etwas zu mildern vermocht hat, mit ganzer Schärfe in Erscheinung treten. Polen könnte daraus gewisse Vorteile ziehen. Gegenüber Deutschland hätten von den begonnenen Verhandlungen über die Milderung des Zollkrieges stärkerer Grund, ähnlich gegenüber Frankreich, mit dem wir bisher nur die Zollfragen erledigt haben, während die Kontingentfragen weiter offen geblieben sind.“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 7, 10. 1. 1934.]

Die Aussichten des polnischen Exports nach Frankreich.

Wie bereits mehrfach erwähnt, stoßen die polnisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auf immer neue Schwierigkeiten, und zwar nicht nur, weil Frankreich die alten Zollermäßigungen für seinen Import nach Polen aufrecht erhalten will, sondern auch, weil es durchaus nicht gewillt ist, die weitgehenden Kontingentforderungen Polens für den Abfall seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfüllen. Wie es um die Aussichten des polnischen Agrarexports nach Frankreich bestellt ist, erhellt aus folgender Klage, in der ungefähr ausgeführt wird:

„Der französische Protektionismus, der ursprünglich nur zum Schutz der französischen Produktion eingeführt worden sei, werde jetzt immer stärker ausgebaut, zumal er sich auch als vorzügliche Einnahmequelle erwiesen habe. Daher würden

„die Aussichten des polnischen Exports immer trauriger. Was bedeutet es, daß nach sechsmonatlichen, überaus mühseligen Verhandlungen mit Frankreich die polnische Delegation gewisse . . . Kontingente erlangt hat, wenn gleich darauf die französischen Behörden die Wareneinfuhr mit einer neuen Abgabe belegen, die jede Han-

delskalkulation unmöglich macht? Was bedeutet es, daß man uns Kontingente „gewährt“, wenn die Einfuhrkontingente französische Importeure erhalten, die uns ihre Bedingungen diktiert werden?

Frankreichs neue „Wirtschaftspolitik“ liefert uns schon einen Vorgeschmack dessen, was uns künftig bevorsteht: a) der in diesen Tagen mit den Sowjets unterzeichnete Vertrag schädigt den Export von polnischem Holz, Gemüse, Geflügel, Eiern usw. erheblich, b) die Lizenzgebühren für Kohle wurden verdoppelt, c) ab 1. Januar wurden verschiedene neue Kontingentbeschränkungen und hohe Lizenzgebühren, u. a. für Bohnen, Erbsen und Grütze, eingeführt, — für Grütze, die Frankreich nicht erzeugt, die vorwiegend die 700 000 . . . polnischen Auswanderer in Frankreich verzehren, d) . . . man zwang die polnischen Exporteure zu einer radikalen Wandlung des Verkaufssystems, das selbst im besten Falle ihnen nicht die Mindestgewinne, die das bisherige System bot, garantiert. Und so geht es weiter — die Litanei kann recht lang werden.“

Polens Export nach Frankreich wird bedroht nicht nur durch die Folgen der Wirtschaftspolitik dieses Landes, sondern im gleichen Maße durch die gewaltige Offensive der Konkurrenz anderer Länder, die im Kampf um den französischen Markt alle Kräfte mobilisieren, über die Politik, Wirtschaft, Handels- und Wirtschaftsorganisationen oder Privatpersonen verfügen können.

Die Schlussfolgerung ist höchst einfach: um auf dem französischen Markt vorteilhaft kämpfen zu können, muß Polen eine gleiche Mobilisierung aller Kräfte vornehmen.“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 11, 15. 1. 1934.]

Neue Verbindungen für den Ausbau der Schiffsverbindungen des Ödinger Hafens.

Die offiziöse „Gazeta Polska“ brachte kürzlich „Randbemerkungen zur Schiffsfahrtpolitik des Ödinger Hafens“, in denen u. a. ausgeführt wurde:

Ödgingen ist heute bereits nicht nur der führende Ostseehafen, sondern erlange auch immer größere Bedeutung als „Verteilungsbasis“ für Ost- und Mittelteleuropa, so daß Polen bei der internationalen Schiffsfahrtskonferenz den Antrag gestellt habe, Ödgingen als „basis harbour“ anzuerkennen. Falls dieser Antrag — höchstwahrscheinlich schon in allernächster Zukunft — durchginge, würde das Ödgingen bei verschiedenen Schiffsfahrtsverbindungen erhebliche Frachtfenkenungen (bis zu 20 %) einbringen.

Eine Betrachtung der Schiffsfahrtsverbindungen Ödgingens zeige, daß heute bereits Ödgingen Denzig nicht mehr unterlegen sei, vielmehr es verständlich schon überholt habe, nachdem annähernd 40 reguläre Verbindungen mit Häfen in vier Weltteilen geschaffen worden seien. Doch wies das System der Schiffsfahrtsverbindungen Ödgingens, das im allgemeinen den Richtungen des polnischen Außenhandels entspreche, immer noch einige Lücken auf, z. B. beruhe der Verkehr Skandinavien—Mittel- und Ostteleuropa oder England—Nordfrankreich—Südteleuropa Ödgingen überhaupt nicht, sondern wies heute nur den deutschen Häfen und Bahnen bedürftig. Eine auch nur teilweise Abkehrung dieser Transporte nach Ödgingen habe für seine Zukunft erfranzigende Bedeutung.

„Sofern es sich um die erste dieser Richtungen handelt, d. h. um den Verkehr zwischen Schweden, Norwegen und dem Kontinent, so umgeht dieser bei hochwertigen Gütern Gdingen vollständig. Gdingen besitzt allein die Massenladungen schwedischer Erze. Die Mehrzahl der übrigen Güter in diesem Verkehr sammelt sich auf den Verkehrslinien zwischen den schwedischen und deutschen Häfen. Eine besonders wichtige Rolle in diesen Beziehungen spielt der Trajekt Trälleborg—Saßnitz . . . der bewirkt daß nicht nur der Warenverkehr, sondern auch der gesamte Passagier- und Touristenverkehr zwischen den skandinavischen Ländern und dem Kontinent unter Umgehung Polens geschieht. Vor drei Jahren wurde unter dem Einfluß schwedischer Wirtschaftskreise, die an der

Einfaltung der Häfen im südlichen Teil des Landes interessiert sind, diese Frage in Schweden aufgeworfen. Diese Kreise trafen mit dem Projekt . . . einer Trajektverbindung zwischen Gdingen und Karlskrona — welche Häfen durch eine Entfernung von 240 km, d. h. ungefähr die Entfernung zwischen Trälleborg und Saßnitz, getrennt sind — hervorzuholen.

Diese Initiative traf auf völlige Gleichgültigkeit von polnischer Seite. Gdingen bewältigte damals ganz andere Verkehrs- und Wirtschaftsprobleme, dazu war die technische Ausrüstung des Hafens selbst noch unzulänglich. Heute aktualisiert, unter dem Einfluß der internationalen Handelsbeschränkungen, die Verengung der Handelsaussichten erneuert die Frage äußerster Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten; das Problem der Belebung des Transits und des Verkehrs mit dem Gdingen zunächst gelegenen Schweden gewinnt daher eine gewisse . . . Aktualität. Die Schaffung einer Trajektverbindung zwischen Gdingen und Karlskrona gehört nicht zu den besonders kostspieligen oder gefährlichen Investitionen. Das an dieser Frage interessierte schwedische Kapital würde diesem Plan, der übrigens schon vor langem auf der anderen Seite der Ostsee entstand, sicherlich weitgehend fördern. Die Verkehrsbedeutung eines solchen Trajekts würde sehr groß sein. Schen wir schon von der Tatsache ab, daß durch . . . einen solchen Trajekt der Weg von Stockholm nach Warschau, Prag, Wien oder Budapest um 10 und mehr Stunden abgekürzt würde, so ist festzustellen, daß dieser Trajekt unbedingt Aussicht hätte, die hochwertigen Transporte zwischen der ganzen skandinavischen Halbinsel und dem östlich des Posener Meridians liegenden Teil Europas zu bewältigen. Dazu kommen noch die mittelbaren Vorteile . . . aus der wirtschaftlichen und touristischen Annäherung zwischen Polen und Schweden, welche Beziehungen trotz vieler günstiger Umstände nicht übermäßig entwickelt sind . . .

Nach Hinweis darauf, daß immerhin in nächster Zeit schon eine reguläre Schiffsverbindung Gdingen—Stockholm geschaffen würde (die Verbindung Danzig—Stockholm besteht schon seit langem! Red.), wendet sich der Aufsatz noch der bisher ungelösten Frage der Verbindung Gdingens mit den französischen und englischen Westhäfen zu.

Diese Westhäfen seien die Verkehrs- und Handelsstützen für die überseeischen Dominien und Kolonien. Bei der „fortschreitenden Marinisierung des polnischen Handels“ sei das Problem der Verbindung Gdingens mit Liverpool, Bordeaux, Cebuorg oder Marseille keine nebensächliche Frage mehr.

„Es ist das zwar keine Notwendigkeit der nächsten Monate, aber die Expansion der Einflüsse und der Arbeit Gdingens als Westhafen muß künftig über den Atlantik und seine Häfen führen. Die Einstellung der Seeverkehrspolitik auf diese Richtung ist schon heute höchst angebracht. Dazu kann der — trotz außerordentlich schwerer Bedingungen sich entfaltende — polnisch-englische Handel sich nicht ausschließlich auf die Verbindung mit dem Südostteil Englands stützen, denn die westlichen Teile dieses Landes haben ebenso große Chancen für eine Handelsannäherung zu Polen . . .“

[„Gazeta Polska“ Nr. 22, 22. I. 1934.]

Die polnischen Staatsschulden.

Bei der Beratung des polnischen Staatshaushalts für 1934—35 unterbreitete der Berichterstatter (v. Hutten-Czapalski) der Haushaltskommission des Sejm nach kurzen Mitteilungen über die ver-

schiedenen, 1918—1933 von Polen im In- und Auslande aufgenommenen Anleihen folgende Angaben über ihren gegenwärtigen Stand:

Es betragen die

Inlandsschulden 627 086 515,17 Zloty

Auslandsschulden 3 569 778 374,87 Zloty

Gesamtsschulden 4 196 864 890,04 Zloty

Dazu können noch verschiedene Staatsgarantien, u. a. für die französische Kohlenbahnanleihe. Für den Schuldendienst seien im Haushalt für 1934—35 vorgegeben:

Innere Schulden 62 550 750 Zloty

Auslandsschulden 118 908 360 Zloty

Staatsgarantien 12 610 860 Zloty

194 070 000 Zloty

Der Sturz der Auslandswährungen habe Polens Staatsschuld (auch Inlandsschulden) erheblich vermindert. Polen habe durch den Dollarkurs 959 718 984, durch den Pfundkurs 66 424 133 Zloty gewonnen, insgesamt also — ungerchnet die Gewinne aus dem Sturz der hinduanaischen Währungen — 1 006 143 100 Zloty (vergl. auch 1933, Nr. 6, S. 28*). Das Hoover-Memorandum und der Währungssturz hätten den Schuldendienst bedeutend entlastet, für das Jahr 1934—35 seien nur 194 070 000 Zloty gegen 275 992 229 Zloty im Vorjahre angelegt.

In der Beratung teilte der nationaldemokratische Abgeordnete Rymar u. a. die Frage, an welche Staaten die Zahlungen eingestellt worden seien, wenn der Schuldendienst aus dem Ausland gegenüber 1933—34 von 276 auf 119 Millionen Zloty verringert worden sei, fern:

„Wie stehen unsere internationalen Abrechnungen . . . aus den Friedensverträgen? Seit zwei Jahren hört man nichts mehr von der Tätigkeit der Abrechnungskommission, nichts von der im Rixsar Vertrag vorgesehenen Entschädigung von 30 Millionen Goldrubel, nichts über die . . . Liquidation der Ansprüche polnischer Staatsbürger an die deutsche Regierung, für die nach dem Liquidationsabkommen Polen eine angemessene Entschädigung zu gewähren hat.“

Aus der Antwort des Departementsdirektors Rymaszewski vom polnischen Finanzministerium auf diese Fragen teilt die Regierungspreffe nur folgende Ausführungen mit:

„Der Abgeordnete Rymar . . . hat behauptet, daß Polen verschiedene Verpflichtungen nicht erfüllt, und daß in dieser Frage alles still sei. Daß alles still bleibt, ist für uns eine günstige Erscheinung. Es ist nicht vorgekommen, daß Polen als erstes Land die Einstellung irgendwelcher Zahlungen begonnen hätte oder daß wir, von der Kriegsschuld abgesehen, nicht bezahlt hätten, wozu wir vertraglich verpflichtet waren. Was aber die Kriegsschuld an Amerika betrifft, so hängt die Einleitung von Verhandlungen hierüber nicht von uns ab, und zweifellos liegt die Beschleunigung der Verhandlungen nicht in unserem Interesse; Gott verhöte, daß wir als erste die Verhandlungen begannen. Aus gewissen, sehr wichtigen Gründen, haben wir 1924 als erste einen Vertrag über die Konsolidierung der Kriegsschuld geschlossen, und gerade daher waren die Bedingungen für uns beschwerlicher als für andere Staaten, die solche Verträge später schlossen . . .“

Der Abgeordnete Rymar hat die Frage berührt, ob nicht Verhandlungen über eine Reduktion der Schuldzinsen geführt werden könnten . . . Zu solchen Verhandlungen kann man nur durch Nichterfüllung der Verpflichtungen gelangen. Wer aber nicht zahlt, ist ein Bankrotteur. Deutschland ist diesen Weg gegangen, wir werden ihn nicht beschreiten . . .“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 12, 15. I. 1934; „Gazeta Polska“ Nr. 16, 16. I. 1934.]